

Die Personalräte der Berliner Hochschulen und Universitäten

Alice Salomon Hochschule Berlin
Beuth Hochschule für Technik Berlin
Charité – Universitätsmedizin Berlin
Freie Universität Berlin
Hochschule für Musik Hanns Eisler Berlin
Hochschule für Schauspielkunst „Ernst Busch“ Berlin

Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin
Hochschule für Wirtschaft und Recht
Humboldt Universität zu Berlin
Weißensee Kunsthochschule Berlin
Technische Universität Berlin
Universität der Künste Berlin

Freie Universität Berlin, Gesamtpersonalrat,
Königin-Luise-Str. 6-8, D 14195 Berlin

Gesamtpersonalrat
Königin-Luise-Str. 6-8
14195 Berlin

An die
Vorsitzende des Ausschusses für
Wissenschaft und Forschung
des Abgeordnetenhauses von Berlin
Dr. Annette Fugmann-Heesing
Niederkirchnerstr. 5
10117 Berlin

Telefon +49 30 838-55012
Fax +49 30 838-55014
E-Mail gpr@fu-berlin.de
Internet www.fu-berlin.de/gpr

Vorab per Fax: 030/2325 1358

20.03.2011

Stellungnahme zur Anhörung des Ausschusses am 23.03.2011 - Novellierung des BerIHG

Sehr geehrte Frau Dr. Fugmann-Heesing,
sehr geehrte Damen und Herren,

sinkende Zahlen festangestellter MitarbeiterInnen bei steigenden Leistungsanforderungen kennzeichnen seit Jahren die Situation in Lehre und Studium an den Berliner Hochschulen. Eine Verbesserung der Studienqualität durch eine systematische Ausweitung der Studienberatung, Teilzeitstudienangebote oder systemische Lehrevaluationen begrüßen wir nachdrücklich – allein sind sie bei der derzeitigen personellen Ausstattung der Hochschulen kaum leistbar. Die Konsequenzen dieser zusätzlichen Anforderungen wären weitere Überlastungen und steigende gesundheitliche Beeinträchtigungen unserer Kolleginnen und Kollegen.

Der rot-rote Senat ist in dieser Legislatur mit dem Ziel angetreten, sich für gute Arbeit in Lehre, Forschung und Studium einzusetzen. Nun, im Wahljahr, scheint die Botschaft an die Beschäftigten der Berliner Hochschulen zu sein: „Schafft Exzellenz und Spitzenleistungen in Lehre und Forschung und findet Euch mit verschlechterten Arbeitsbedingungen, Karrieresackgassen und biografischer Unsicherheit ab.“

Dagegen fordern wir Sie als politische AkteurlInnen auf, sich aktiv gegen die geplanten strukturellen Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen an den Berliner Hochschulen zu wenden:

§ 110a Wissenschaftliche MitarbeiterInnen mit Schwerpunkt Lehre und § 108 DozentInnen mit Schwerpunkt Lehre

Gegen das explizite Votum aller hochschulpolitischen Akteure soll die durch Bologna-Reform und steigende Studierendenzahlen verursachte Mehrarbeit in der Lehre durch neue Personalkategorien aufgefangen werden. Die Politik schaffte damit Wissenschaftliche MitarbeiterInnen und DozentInnen „zweiter Klasse“. Eine gleichberechtigte Beteiligung an Forschungsprozessen ist mit einer ernst gemeinten Schwerpunktsetzung auf Lehre nicht zu vereinbaren. In diesem Zusammenhang wenden wir uns auch gegen die von der LKRP angebrachten weiteren Befristungsmöglichkeiten. Daueraufgaben müssen durch unbefristete Stellen gesichert sein!

§ 121 Vertragslaufzeit der Studentischen Beschäftigten

Die Hochschulen haben eine doppelte Verantwortung gegenüber bei ihnen beschäftigten Studierenden. Studentische Hilfskraftverträge müssen daher nicht nur die Arbeitsfähigkeit wissenschaftlicher Einrichtungen gewährleisten, sondern die Studierenden durch Planbarkeit und Sicherheit im Studium unterstützen. Beiden Seiten trägt eine Vertragslaufzeit über zwei Jahre Rechnung. Die gelebte Praxis von betrieblichen Regelungen, Beurlaubungen für Auslandsaufenthalte oder Praktika etc. fußt auf dem geltenden Tarifvertrag. Die geplante Kürzung der Vertragslaufzeiten von vier auf zwei Semester und eine Aufweichung durch das Einfügen des Wortes "sollen" ist eine Verschlechterung, die dieser doppelten Verantwortung nicht gerecht wird. Die im Entwurf vorgesehene gesetzliche Deregulierung entspricht weder den Bedarfen der Hochschulen, für die kürzere Vertragslaufzeiten mit einem deutlichen finanziellen Mehraufwand verbunden wären, noch berücksichtigt sie den Schutzbedarf studentischer Beschäftigter.

Wir bitten Sie daher, im Zuge Ihrer parlamentarischen Beratungen diese Aspekte kritisch zu prüfen und von der Einführung von Stellenkategorien mit Schwerpunkt Lehre ebenso Abstand zu nehmen, wie von der Laufzeitverkürzung für studentische Hilfskraftstellen.

Mit freundlichen Grüßen

Julia Müller
für die unterzeichnenden Personalräte